

28. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Mai 1960

109/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. S c h w e r , Dr. Dipl.-Ing. Ludwig  
 Weiß, Dr.-Ing. Johanna B a y e r und Genossen  
 an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,  
 betreffend Übernahme der Koralpenstrasse durch den Bund.

-.-.-

Am 23. Dezember 1959 hat der Steiermärkische Landtag einen Beharrungsbeschluss nachstehenden Inhaltes gefasst:

"Mit Landtagsbeschluss Nr. 246 vom 25. Juni 1959 wurde die Bundesregierung ersucht, die Landesstrasse von Eibiswald bis Lavamünd als Bundesstrasse zu übernehmen, falls die Gaberlstrasse als Bundesstrasse aufgelassen und vom Land Steiermark als Landesstrasse übernommen wird. Die Landesregierung wird ersucht, auf die Durchführung dieser Forderung nachdrücklich und wiederholt zu drängen, da es sich hier um ein dringliches Anliegen der so notwendigen Grenzlandförderung handelt. Insbesondere wird die Landesregierung ersucht, der Bundesregierung abermals unter der eingangs genannten Voraussetzung die Übernahme der Gaberlstrasse als Landesstrasse anzubieten."

Den beiden Beschlüssen ist am 8. März 1958 ein erster vorausgegangen, in dem der Herr Landeshauptmann ersucht wurde, gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann von Kärnten bei der Bundesregierung wegen Übernahme der Koralpenstrasse (Eibiswald - Sobot - Lavamünd) vorstellig zu werden und deren Ausbau durch den Bund zu erreichen.

Die zuständige Abteilung der Steiermärkischen Landesregierung hat das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau jeweils von den Beschlüssen des Landtages in Kenntnis gesetzt und die erforderlichen Unterlagen beigebracht.

Der Herr Landeshauptmann hat durch wiederholte Vorsprachen dem Auftrag des Landtages entsprochen und die Notwendigkeit der geforderten Massnahme eingehend begründet.

Da bisher eine Stellungnahme von zuständiger Stelle nicht erfolgte, die Bevölkerung des schwer um seine Existenz ringenden Grenzlandes jedoch mit wachsender Ungeduld auf eine Erledigung wartet, stellen die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die

Anfrage

ob die Bundesregierung sich mit den Beschlüssen des Steiermärkischen Landtages befasste, bzw. welche Umstände obwalten, die eine Stellungnahme bisher nicht gestatteten, und wann mit der Übernahme der Koralpenstrasse im Tauschwege gegen die Gaberl-Bundesstrasse Nr. 77 zu rechnen ist.